

<http://de.groups.yahoo.com/group/lora-gegenstandpunkt/message/97>

Die Analyse des GegenStandpunkt-Verlags in [Radio Lora](#) vom 29. April

Wie Israel unter dem Schutzschild der USA und der kritischen Solidarität der EU seinen Krieg gegen die Palästinenser führt

Israels Krieg gegen die Palästinenser in den besetzten Gebieten westlich des Jordan und im Gaza-Streifen geht unbeirrt gegen Mahnungen von Gott (Papst Woytila) und der Welt (vor allem UNO-Sekretär Kofi Anan) weiter, und die Regierung Scharon/Peres lässt sich dabei erklärtermaßen ausschließlich von den eigenen nationalen Interessen und strategischen Berechnungen leiten: Die Autonomieverwaltung Jassir Arafats soll solange systematisch fertig gemacht werden, bis der immer noch international anerkannte Repräsentant des palästinensischen Volkes kapituliert und jeden Anspruch auf eigenstaatliche Souveränität an den Konditionen relativiert, die Israel diktiert, wenn es überhaupt bereit sein sollte, irgendeine Form nichtjüdischer Staatsgewalt innerhalb seiner 1967 eroberten Grenzen zu tolerieren.

Niemand bezweifelt, dass dieser Krieg so nur geht, weil die USA hinter Israel stehen. Altgediente Journalisten wie der Talkshow- Moderator Boehme können sich das immer wieder nur mit dem antisemitischen Evergreen von der übermächtigen "jüdischen Lobby" in Washington erklären (so in der ntv- Sendung mit Michel Friedmann) – also *nicht!* Damit wird die US-Politik nämlich einfach auf irgendwelche Machenschaften oder auf den Einfluss von Sonderinteressen zurückgeführt. Wenn die USA voll hinter Israel stehen, dann ausschließlich deshalb, weil Scharons Krieg Bestandteil *der* Weltpolitik ist, wie sie seit dem 11. September 2001 von Amerika deklariert und durchgezogen wird. Man versteht auch, wie die Ermahnungen gemeint sind, freundschaftlich nämlich. Wenn die USA gelegentlich einen Rückzug aus den okkupierten Städten verlangen, ist darin die generelle Billigung des Kriegsziels impliziert. Dafür reist Scharon in immer wieder einmal nach Washington oder das Weiße Haus schickt seine Emissäre nach Jerusalem, um abzuklären, wie viel Gewalteininsatz gegen die Palästinenser von den USA akzeptiert und mitgetragen wird, weil er *ihren eigenen Interessen* entspricht.

Man sollte die nach dem 11. September 2001 verkündete Bush-Doktrin, dass der US- "Krieg gegen den Terrorismus" auf absehbare Zeit Hauptaufgabe der zivilisierten Menschheit zu sein habe und Amerika dabei nur noch *Freund oder Feind* kenne und entsprechend zu behandeln gedenke, endlich einmal ernst nehmen. Das ist ja nicht bloß der Beschluss, überall auf der Welt Terroristen aufspüren und unschädlich zu machen, sondern eine sehr grundsätzliche Ansage an die Staatenwelt: Entweder ihr seid *pro-amerikanisch* und stellt euch hinter den "Krieg gegen den Terror", bekämpft alle gegen Amerika gerichteten "terroristischen" Aktivitäten – oder ihr setzt euch dem Verdacht aus, *anti-amerikanische* Umtriebe zu unterstützen, seid letztlich "*Feinde* Amerikas". *Der Freund* der USA im Nahen Osten ist Israel –für Washington einzig zuverlässige Macht in der Region, die deshalb auch mit der Kontrolle über ihre Nachbarn betraut ist. Darauf baut und darauf deutet Israel, wenn es seinen Krieg als seinen Beitrag zum "Krieg gegen den Terror" deklariert. Die PLO Arafats und erst recht die zu ihm in Opposition stehenden fundamentalistischen Gruppierungen sind nach israelischer Lesart Gegner des besten Friends Amerikas, also anti-amerikanisch und damit *Terrorismus*. Deshalb fordert Israel von seiner Schutzmacht, dass sie dem Krieg im Nahen Osten als Bestandteil des großen US-Weltordnungsprogramm und als Konsequenz der amerikanischen Politik vorbehaltlos unterstützt. Und das *tun* die USA. Nichts ist daher

alberner als ein Kommentar der "Süddeutschen Zeitung" vom 16. April über Powells Reise nach Jerusalem:

"Die Nahost-Mission Colin Powells zielt zwar aller Rückhalt der EU, doch Europas Wunsch nach sofortigem Rückzug israelischer Truppen artikuliert Washington allenfalls kleinlaut."

So kann man die Realität auf den Kopf stellen. Der Kommentator hätte es wohl gern, wenn auf "Europas Wünsche" gehorcht würde und der amerikanische Außenminister als deren Handlungsreisender unterwegs wäre. Der denkt aber gar nicht daran, auf Europa zu hören – und es ist absurd, diesen seinen Unwillen als "kleinlautes" Verhalten zu bezeichnen. Amerika macht eben keinen "europäischen Wunsch nach sofortigem Rückzug israelischer Truppen" geltend und bekundet damit nichts anderes als seinen Willen, dem Vorgehen seines Freundes prinzipiell zuzustimmen und die kriegerisch durchgesetzte Behauptung, es handele sich dabei um einen Bestandteil eines "anti-terroristischen" Kontrollregimes über die gesamte Nahost-Region, mitzutragen. Es müsste doch selbst einem demokratischen Journalisten irgendwann einmal auffallen, dass die Bush-Administration die Rede vom "Friedensprozess im Nahen Osten" aus ihrem Repertoire gestrichen hat. Die USA halten ganz im Gegenteil die darin enthaltene Unterstellung, die Kontrahenten hätten zwar *gegensätzliche*, aber *gleichermaßen berechnete* Interessen für unangebracht und störend innerhalb ihrer Ordnungsvorstellung für die Region.

Darum erfüllt die immer wieder mit besorgt-engagiertem Gestus gestellte Frage, *warum* die USA den Scharon nicht bremsen oder gar *wann* sie die israelische Armee zum Rückzug "*zwingen*", fast schon den Tatbestand einer Desinformationskampagne. "Bremsen" und "Rückzug", das sind Titel, mit denen sich Europa – konkurrierend zu den USA – gerne im Nahen Osten einmischen würde. Europa beansprucht gerne für sich den Standpunkt eines "vernünftigeren" Imperialismus, der nicht nur auf die militärische Gewalt setzt, Um damit dauerhafte *politischen* "Lösungen" zu erreichen. Aber Amerika hat klargestellt, dass sein Interesse *gilt* und Scharons Feldzug als Israels "*Recht auf Selbstverteidigung*", auf von ihm okkupierten Territorium wohl gemerkt, bestätigt. Somit ist der Kriegsgrund, mit dem Scharon aufwartet, der für die Region gültige *Pro-Amerikanismus*. Mäkeleien an Übertreibungen der jüdischen Soldaten beim Aufräumen bekräftigen ja den damit verfolgten Zweck und unterscheiden sich ganz grundsätzlich von dem Ansinnen an Arafat, er möge doch als Chef der Palästinenser jeglichen Widerstand gegen die Besatzungsmacht mit der ihm verbliebenen Gewalt unterbinden.

Auch die arabischen Staaten haben sich mit dem Friedensplan des saudischen Kronprinzen eine mit freundlich-diplomatischen Floskeln kaum sonderlich verbrämte Abfuhr eingehandelt. Ihr Anspruch, sie hätten ein Recht auf Entgegenkommen, wenn sie schon so weit gehen, die in ihren nationalen Interessen begründete grundsätzliche Gegnerschaft zu Israel aufzugeben, ist nach der geltenden amerikanischen Weltordnungspolitik gänzlich unzeitgemäß: Wo es um bedingungslose Ein- und Unterordnung beim "Krieg gegen den Terrorismus geht", da gibt es nichts mehr zu verlangen. Schon gleich nicht von Israel, das in der US-Strategie angesichts kommender militärischer Konfrontationen gegen Irak und Iran eine immer wichtigere Rolle spielt. Und wenn arabische Staaten nicht endlich anerkennen, dass *Widerstand* gegen die Besatzungsmacht "Terrorismus" *ist* und sie sich dem Verdacht auf Anti-Amerikanismus nur entziehen können, wenn sie das israelische "Recht auf Sicherheit" innerhalb der Grenzen von 1967 anerkennen, dann könne sie nicht einmal auf den Schutz durch die USA vor israelischen "Präventivschlägen" rechnen. Das hat sich wohl der saudische Potentat Abdullah auf der Bush-Ranch 5 Stunden lang anhören müssen, nach dem er vom Präsidenten als "alter Freund Amerikas" begrüßt worden war.

Selbst bei der Behandlung Arafats, wo zumindest in den Formalien dadurch Meinungsverschiedenheiten zwischen Israel und den USA vorkamen, dass selbst amerikanische Emissäre bei der Lagerleitung in Jerusalem eine Besuchserlaubnis beantragen müssen, handelt die US-Politik durchaus im objektiven Interesse des befreundeten Staates. Arafat wird ihrer Einschätzung nach noch für eine *politische Aufgabe* gebraucht, wofür es gut war, dass Scharon ihn nicht damals in Beirut schon hat umlegen lassen und weswegen sich Powell bei seiner Visite mit allen diplomatisch zum Ausdruck gebrachten Anzeichen des Widerwillens von ihm die Hand schütteln ließ: Eine verbindliche Unterschrift unter die *Kapitulationsurkunde* möchte man nämlich am Schluss haben – und dafür ist der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde der richtige Mann. Mit der Unterschrift ist dann jeder Angriff auf die Souveränität Israels als *Terrorismus* ratifiziert und seine Bekämpfung als vornehmste und erste Aufgabe für eine von Jerusalem zugelassene und den USA abgeseignete Form palästinensischer Staatlichkeit definiert.

Die diplomatischen Initiativen der USA sind der wirkungsvolle Flankenschutz für den Krieg Israels. Die europäische Politik wird dadurch aus jeglicher Regelung weitgehend ausgemischt. Umgekehrt steht die EU mit ihren Vorschlägen immer schon im Verdacht einer Parteinahme für die Palästinenser – also werden diese Vorschläge, freundlich aber bestimmt, als *Einnischung* angesehen und zurückgewiesen. Wie immer in solchen Situation, in denen die Konkurrenz europäischer Vorstellungen in Sachen Imperialismus zu den USA aufscheint, betonen europäische Spitzenpolitiker wie Joschka Fischer die unverbrüchliche Treue zum Bündnis – ohne deswegen darauf zu verzichten, mit den USA ziemlich unvereinbare Standpunkte aufrecht zu erhalten. So muss die EU hinnehmen, dass israelische Waffen alle ihre Investitionen in den Auf- und Ausbau der Autonomieverwaltung zerstören und sich gleichzeitig jede Art von Sanktionen gegen Israel als nicht "zweckmäßig" verbieten, weil sie das Verhältnis zu den USA empfindlicher treffen würden als die israelische Kriegsmaschinerie. Wo der Krieg alle europäischen Spekulationen auf eigenständige Einflusspositionen in der Region mittels Engagement beim Aufbau palästinensischer Eigenstaatlichkeit zerstört, fühlt sich Europa wieder einmal in seiner selbst gesetzten politischen Drangsal bestärkt, dass seine imperialistische Wirtschaftsmacht um eine adäquate militärische Komponente ergänzt werden muss.